

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/033(VI)/18			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 30.11.2018	Hasselbachsaal	15:00Uhr	16:40Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 19. 10. 2018 - öffentlicher Teil
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Beteiligungsbericht 2018 DS0489/18
BE: Bürgermeister
- 6 Anträge
- 6.1 Minigruppen-Tageskarte marego A0115/18
Fraktion CDU/FDP/BfM SR'in Schumann
- 6.1.1 Minigruppen-Tageskarte marego S0289/18
BE: Bürgermeister

6.2	Magdeburg tritt in die Pedale - Stärkung des Radverkehrs Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0099/18
6.2.1	Magdeburg tritt in die Pedale - Stärkung des Radverkehrs Ausschuss StBV	A0099/18/1
6.2.2	Magdeburg tritt in die Pedale - Stärkung des Radverkehrs BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	S0241/18
6.3	Streckenverlängerung der Straßenbahn nach Ottersleben Fraktion CDU/FDP/BfM	A0117/18
6.3.1	Streckenverlängerung der Straßenbahn nach Ottersleben BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	S0287/18
6.4	Änderung der Präsentation der Gemeinwesenarbeitsgruppen im Rathaus Fraktion DIE LINKE/future!	A0120/18
6.4.1	Änderung der Präsentation der Gemeinwesenarbeitsgruppen im Rathaus BE: Oberbürgermeister	S0272/18
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Frank Schuster

Hans-Jörg Schuster

Dr. Klaus Kutschmann

i.V.f. SR Schwenke

Hubert Salzborn

i.V.f. SR Stern

Dr. Falko Grube

Jens Hitzeroth

Jens Rösler

Oliver Müller

Jenny Schulz

Olaf Meister

Roland Zander

Frank Theile

i.V.f. SR Boeck

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Mike Eve

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Wigbert Schwenke

Reinhard Stern

Hugo Boeck

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 19. 10. 2018 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 19. 10. 2018 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Ausschusses bei 4 Enthaltungen genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren keine Bürger anwesend.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Beteiligungsbericht 2018 Vorlage: DS0489/18

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Beteiligungsbericht im Zusammenhang mit der Haushaltsplanung und dem Jahresabschluss der Landeshauptstadt Magdeburg entsprechend § 130 Abs. 2 KVG LSA erarbeitet wurde und nach Beschluss des Stadtrates veröffentlicht wird.

Zur vorliegenden Drucksache besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und ohne Enthaltung dem Stadtrat, die DS0489/18 in seiner Sitzung am 06. 12. 2018 zu beschließen.

Hinweis: Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM) trifft zur Sitzung ein.

6. Anträge

6.1. Minigruppen-Tageskarte marego Vorlage: A0115/18

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Bürgermeister Herr Zimmermann sowie die Antragstellerin Stadträtin Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM teil.

Stadträtin Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM, geht in ihren erläuternden Ausführungen zum Anliegen des Antrages auf die Problematik ein, dass die Minigruppen-Tageskarten nur an einem ganz bestimmten Tag gültig sind. Diese Gültigkeit geht verloren, wenn die Karten an diesem Tag nicht in Anspruch genommen werden können. Ebenfalls bestehe keine Möglichkeit, bei einer kurzfristigen Absage der geplanten Nutzung, diese Karten zurückzugeben. Kritisch verweist sie darauf, dass ein Ticketkauf am Automaten sehr zeitaufwändig wird, wenn für Grundschulklassen jedes Kind hierfür seine Unterschrift geben soll.

Klarstellend führt hierzu der Bürgermeister Herr Zimmermann aus, dass derzeit an der Problematik gearbeitet werde. So werde versucht mit dem Verkehrsverbund marego ein besseres Handling zu erreichen. Eingehend auf die Ausführungen der Stadträtin Schumann verweist er darauf, dass auf der Internetseite des Verbundes eine Anmeldung erfolgen kann und bei Nichtnutzung eine Stornierung per Telefon möglich ist. Insbesondere zum Hinweis auf erforderliche Unterschriften von Grundschulkindern merkt er an, diese Problematik so nicht zu kennen und gibt den Hinweis, dass dies sowieso nicht erforderlich sein kann, da Grundschul Kinder nur bedingt geschäftsfähig sind und somit nicht unterschreiben müssen.

Stadträtin Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM, erklärt, dass auf Grund des Hinweises auf die bereits laufende Bearbeitung der Problematik die Zielstellung ihres Antrages erreicht sei. Sie äußert ihre Hoffnung, dass eine Änderung des Verfahrens erreicht werden kann.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, wirft die Frage auf, wie es sich tatsächlich verhält, wenn eine Rückgabe erfolgen muss. Er nimmt Bezug auf die Formulierung auf Seite 2 im dritten Absatz, dass eine Rücknahme der Karten und die Erstattung des Fahrpreises nur bis einen Tag vor Fahrtantritt möglich sind. Er stellt fest, dass somit nicht am selben Tag morgens telefonisch storniert werden könne.

Der Bürgermeister macht darauf aufmerksam, dass hierzu eine Prüfung im Verkehrsverbund marego erfolgen soll. Auf Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, legt er dar, den Zeitraum bis zur Vorlage des Prüfergebnisses nicht einschätzen zu können.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, unterbreitet den Vorschlag, in die Prüfung einzubeziehen, ob nicht auch Online Möglichkeiten bestehen, da dies für alle Beteiligten am einfachsten wäre.

Der Bürgermeister sagt zu, diesen Vorschlag zu berücksichtigen.

Abschließend merkt der Oberbürgermeister an, dass ihm diese Problematik bisher nicht bekannt war und auch nicht, dass sie sich so massiv darstellen soll.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0115/18 der Stadträtin Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM, zu beschließen.

6.1.1. Minigruppen-Tageskarte marego
Vorlage: S0289/18

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.2. Magdeburg tritt in die Pedale - Stärkung des Radverkehrs
Vorlage: A0099/18

6.2.1. Magdeburg tritt in die Pedale - Stärkung des Radverkehrs
Vorlage: A0099/18/1

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Fachbereiches 62 Herr Neumann teil.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, informiert über die Behandlung des Antrages im Ausschuss StBV und legt dar, dass der Ausschuss hierzu einen Änderungsantrag zur Beschlussfassung vorlegt. Im Weiteren macht er erläuternde Ausführungen zum Änderungsantrag A0099/18/1 des Ausschusses StBV. Dabei führt er aus, dass der Oberbürgermeister nicht aufgefordert werden kann, sich zur Vision Zero zu bekennen, deshalb erfolgte der Vorschlag, dass dies der Stadtrat tut. Ebenso sollte dargestellt werden, welche Auswirkungen es für die Stadt Magdeburg hat, 8 % der Mittel nach § 1 Abs. 1 KStBFinG LSA in Radverkehrsinfrastruktur zu investieren.

Hierzu macht der Oberbürgermeister darauf aufmerksam, dass die Stadt Magdeburg eine Förderpauschale seitens des Landes erhält, und hiervon 8 % für den Radverkehr vorzusehen sind.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, informiert, dass sich seine Fraktion bei der Abstimmung zum Antrag im Ausschuss UwE enthalten habe. Er bezeichnet die mit dem Änderungsantrag des Ausschusses StBV vorgelegte Variante als guten Kompromiss.

Der Oberbürgermeister legt seine Auffassung dar, dass, wenn das Land den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur wolle, dann sollten auch bestimmte Förderprogramme hierfür aufgelegt werden.

Er stellt den Änderungsantrag A0099/18/1 des Ausschusses StBV zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0099/18/1 des Ausschusses StBV zu beschließen.

Im Ergebnis der Beschlussempfehlung zum Änderungsantrag A0099/18/1 des Ausschusses StBV erfolgte keine Abstimmung zum Antrag A0099/18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

6.2.2. Magdeburg tritt in die Pedale - Stärkung des Radverkehrs
Vorlage: S0241/18

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.3. Streckenverlängerung der Straßenbahn nach Ottersleben Vorlage: A0117/18

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Fachbereiches 62 Herr Neumann teil.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, legt seine Auffassung dar, dass das Anliegen des Antrages nicht neu sei. Da die Stellungnahme der Verwaltung so ausgelegt sei, dass entsprechende Untersuchungen vorgenommen werden, sieht er auch keinen größeren Diskussionsbedarf.

Eindringlich macht der Oberbürgermeister darauf aufmerksam, dass nicht der Eindruck entstehen darf, die Maßnahme könne in den nächsten fünf Jahren durchgeführt werden. Es muss verdeutlicht werden, dass dies auf Grund der Vielzahl bereits begonnener und geplanter Großprojekte wie z.B. den Ausbau der Gr. Diesdorfer Straße oder den Strombrückenzug auch im nächsten Jahrzehnt nicht erfolgen wird. Eingehend auf die für diese Maßnahme erforderlichen Planungen verweist er darauf, dass diese kostenintensiv und aufwändig sind. Diese Planungen zu erstellen werde Jahre dauern.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, informiert über die Zustimmung zum Antrag im Ausschuss StBV. Hier wurde darüber diskutiert, was die Einleitung erster Schritte für diese Maßnahme im Zusammenhang mit dem Verkehrsentwicklungsplan 2030+ bedeute. Er merkt an, dass auch die Planung für die 2. Nord-Süd-Verbindung bereits vor über 20 Jahren angefangen wurde. Er sieht die beantragte Maßnahme als wichtig im Zusammenhang mit der Verkehrsentwicklung an und spricht sich dafür aus darzustellen, dass die Maßnahme begonnen wird aber erst die nächste Generation davon profitiert.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, sieht es als gut an, wenn das Thema in Schritten angegangen werden soll. Er verweist darauf, dass es auch Gegner der Maßnahme geben wird und bezeichnet es als wichtig, diese Thematik nicht plötzlich in der Öffentlichkeit behandelt wird. Mit dem Hinweis auf die anstehende Beschlussfassung zur Erschließung eines weiteren Baugebietes in diesem Bereich sieht er es als sinnvoll an, über eine Trassenführung der Straßenbahn nachzudenken. Insbesondere spricht er sich dafür aus, keine Hoffnung auf eine schnelle Maßnahmenumsetzung zu wecken.

Eingehend auf die derzeit laufenden Maßnahmen der MVB macht der Oberbürgermeister darauf aufmerksam, dass diese hinsichtlich des technischen Fachpersonals völlig unterbesetzt sind und unbedingt ein technischer Geschäftsführer gebraucht werde. Er vertritt die Auffassung, dass die Umsetzung der Vielzahl an Baumaßnahmen nicht mit dem derzeit vorhandenen Personal erfolgen kann und ein Zuwachs an Personal erforderlich ist. Eingehend auf die im Stadtteil Ottersleben stattgefundene Bürgerversammlung informiert er, dass es die Maßnahme betreffende Nachfragen gegeben habe. Die Bürger zeigten sich zufrieden gestellt mit der Aussage, dass es eine Streckenverlängerung geben wird, die Umsetzung aber erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, vertritt die Auffassung, dass Einigkeit darüber besteht, dass die Grundintension des Antrages in die richtige Richtung geht und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Bezug nehmend auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters führt er aus, dass die Aussage hinsichtlich der technischen Leitung für ihn neu sei. Er wirft die Frage auf, ob dieser Umstand jetzt in bestimmte Anträge münden wird. Wenn dies so sei, müsse die MVB gestärkt werden.

Im Weiteren geht er auf die Formulierung der Stellungnahme hinsichtlich der Einstellung der erforderlichen Mittel in den Wirtschaftsplan bzw. Investitionsplan der MVB, sofern eine Entscheidung bzgl. der Beauftragung der MVB erfolgt, ein und hinterfragt, was hiermit jetzt ausgelöst wird.

Klarstellend legt der Oberbürgermeister dar, dass seitens des Aufsichtsrates der MVB eine Aussage getroffen werden muss, in welchem realistischen Zeitraum die Maßnahme fertiggestellt werden kann bzw. wann die Maßnahme in Ottersleben realistisch in Angriff genommen werden kann. Hierzu verweist er auf die Erforderlichkeit der Beauftragung eines Planers und den mit den zu erstellenden Planungen verbundenen Aufwand. Voraussetzung hierfür sei jedoch ein realistischer Zeitplan. Als weiteres Problem benennt er, dass die vorhandenen Baufirmen es nicht schaffen, alle Maßnahmen zu erledigen.

Als wichtig sieht er auch die Kostenfrage an und macht darauf aufmerksam, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine derartige Maßnahme nicht finanziert werden kann, weil die Kosten immer höher werden. Der Oberbürgermeister sieht eine baldige Fertigstellung der Streckenverlängerung als illusorisch an.

Hinweis: Stadtrat Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, trifft zur Sitzung ein.

Stadtrat Theile, Fraktion LINKS für Magdeburg/Tierschutzpartei, legt seine Auffassung dar, dass im Antragstext konkret formuliert wurde, was beschlossen werden soll. Er informiert, dass es seine Fraktion für richtig ansieht, die Thematik weiter im Stadtrat zu diskutieren und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zum Antrag.

Hinweis: Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen trifft zur Sitzung ein.

Bezug nehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung macht der zu diesem Tagesordnungspunkt anwesende Bürgermeister Herr Zimmermann auf die Benennung der bis zum Jahr 2022 fertigzustellenden Maßnahmen der MVB aufmerksam und darauf, dass für danach vorgesehene Maßnahmen wie den Ausbau der Leipziger Straße noch keine Klärung der Finanzierung erfolgte. Jedoch haben Erneuerungsmaßnahmen eine höhere Priorität. Deshalb werde es vor den Jahren 2022/2024 keine Projektplanung geben.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0117/18 in seiner Sitzung am 24. 01. 2018 zu beschließen.

6.3.1. Streckenverlängerung der Straßenbahn nach Ottersleben Vorlage: S0287/18

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.4. Änderung der Präsentation der Gemeinwesenarbeitsgruppen im Rathaus Vorlage: A0120/18

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, bezeichnet den mit der Stellungnahme der Verwaltung vorgelegten Vorschlag, aktuelle Informationen der GWA Gruppen im Zuge der Erneuerung der LED-Wand am Breiten Weg mit unterzubringen, als gut und hinterfragt, ob bereits eine Zeitschiene für die Erneuerung der LED-Wand bekannt sei.

Zu seinen Ausführungen hinsichtlich unterschiedlicher Auffassungen bzgl. Ausstellungen in der im Rathaus befindlichen Vitrine sagt der Oberbürgermeister zu, sich die Situation persönlich anzusehen.

Der zu diesem Tagesordnungspunkt anwesende Bürgermeister Herr Zimmermann führt aus, dass die MVGM mit der Planung der LED-Wand-Erneuerung beauftragt wurde. Der von der Gesellschaft zu erarbeitende Lösungsvorschlag werde im Ausschuss FG vorgestellt und, sofern dieser seine Zustimmung erteilt, auch umgesetzt. Die erforderlichen finanziellen Mittel für die Gesellschaft sind eingestellt und werden nach Bestätigung des Haushaltsplanes 2019 zur Verfügung gestellt.

In diesem Zusammenhang gibt Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, den Hinweis auf massive Anwohnerbeschwerden hinsichtlich der zu hohen Helligkeit der LED-Wand am Südring. Hierzu gibt es die Aussage des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, dass für diese Fälle keine bestimmten rechtlichen Regelungen existieren.

Stadtrat Theile, Fraktion LINKS für Magdeburg/Tierschutzpartei, informiert, den Antrag in der GWA Kannenstieg zur Diskussion gestellt zu haben. Seitens der GWA wird es als gut empfunden, dass mehr für die Öffentlichkeitsarbeit getan wird. Jedoch werde kein Bedarf gesehen, im Rathaus mehr als das bereits Vorhandene hierfür zu nutzen. Im Weiteren informiert er über den von der GWA gegebenen Hinweis hinsichtlich auftretender Probleme bei der Finanzierung (vorzeitiger Maßnahmebeginn). Die vorhandenen Möglichkeiten würden die GWA's gern nutzen, um auf Veranstaltungen im Stadtteil hinzuweisen, dies gehe aber zur Zeit auf Grund der derzeit gültigen Abrechnungsregeln nicht.

Ergänzend benennt Stadtrat Hitzeroth, SPD-Stadtratsfraktion, als Beispiel, dass für eine geplante Bühnenveranstaltung zur Weihnachtszeit, welche den Abschluss eines Vertrages mit dem Partner im Februar notwendig macht, als vorzeitiger Maßnahmebeginn gewertet wird und somit nach den derzeit gültigen Abrechnungsvorschriften nicht abgerechnet werden kann.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, verweist kritisch auf die bestehende Situation, dass es für viele GWA schwieriger geworden sei, Anträge zu stellen. Grund hierfür sei, dass das Antragsverfahren komplizierter geworden ist. So werde z.B. in Ostelbien zur Verfügung stehende Mittel nicht ausgeschöpft, da das Antragsverfahren zu schwierig sei.

Der Oberbürgermeister sagt zu, das Antrags- und Abrechnungsprozedere nochmals prüfen zu lassen.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich für die Beibehaltung der im Rathaus vorhandenen Vitrine aus.

Der Oberbürgermeister stellt fest, dass die Mitglieder des Verwaltungsausschusses dem Antrag in Sinne der Stellungnahme folgen und stellt den Antrag A0120/18 zur Abstimmung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0120/18 der Fraktion DIE LINKE/future! in seiner Sitzung am 24. 01. 2019 zu beschließen.

6.4.1. Änderung der Präsentation der Gemeinwesenarbeitsgruppen im Rathaus Vorlage: S0272/18

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

7.1. Kleingartengebiete

Stadtrat Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, nimmt Bezug auf eine Veröffentlichung in der Volksstimme bzgl. der Standortvorschläge der Verwaltung zum Neubau von zwei Grundschulen in Cracau und Buckau. Diesem Artikel war zu entnehmen, dass der Verband der Kleingärtner nicht darüber informiert war, dass bestimmte Kleingartensparten betroffen sind. Mit dem Hinweis auf einen Bericht des MDR, der auf eine entsprechende Information des Verbandes hinwies, hinterfragt er die Richtigkeit dieser Information.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann führt aus, dass es über die seitens der Verwaltung vorgeschlagenen Standorte vorab keine Mitteilung gab. Diese erfolgte erst nach der Beratung der beiden betreffenden Drucksachen in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters.

Zum Hinweis des Stadtrates Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, dass im Bericht des MDR aus einer Pressemitteilung der Stadt zitiert wurde, merkt der Oberbürgermeister an, diese nicht zu kennen.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, informiert über eine entsprechende Anfrage des MDR. In einer pauschalen Stellungnahme hierzu wurde dargelegt, dass es Überlegungen zu möglichen Grundstücken gab. Aus dem Text konnte man jedoch nicht auf einzelne Grundstücke schließen. Er legt seine Auffassung dar, dass der Verband nicht konkret informiert wurde.

Der Oberbürgermeister sieht keinen Grund, die Thematik nicht in die Öffentlichkeit zu bringen und kündigt an, das Verfahren in der Öffentlichkeit darzustellen. Insbesondere merkt er an, dass es zu dieser Thematik unterschiedliche Auffassungen geben kann. Letztendlich müsse jedoch der Stadtrat entscheiden.

Klarstellend führt er weiter aus, dass für den Stadtteil Buckau insgesamt 14 Grundstücke als mögliche Standorte benannt wurden. Im Ergebnis der durchgeführten Untersuchung dieser Grundstücke wurde von der Verwaltung ein Standort favorisiert und entsprechend vorgeschlagen. Die endgültige Standortwahl wird jedoch seitens des Stadtrates getroffen, und nicht durch die Verwaltung.

Hierzu wird von Stadtrat Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, die Auffassung vertreten, dass dieses Verfahren der falsche Weg sei. Es müsse das Gespräch mit den Kleingärtnern gesucht werden.

Klarstellend führt der Oberbürgermeister aus, dass alle benannten Grundstücke in Buckau der Stadt gehören und bei allen Grundstücken Kleingärtner betroffen sind. Er merkt an, dass mit einer Gegenreaktion der Kleingärtner zu rechnen war. Es müsse jedoch abgewogen werden, welche finanziellen Aufwendungen für den Schulneubau erbracht werden sollen. Hierzu verweist er nochmals darauf, dass die benannten Grundstücke der Stadt gehören und andere Grundstücke erst gekauft werden müssten. Im Weiteren führt er aus, dass im Zusammenwirken der Dezernate II, IV und dem Amt 61 der Abwägungsprozess erfolgte und im Ergebnis der Vorschlag der Verwaltung erfolgte. Eine Entscheidung ist nunmehr durch den Stadtrat zu treffen.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, merkt an, dass die Thematik große Aufregung unter den betroffenen Kleingärtnern verursacht hat. Er äußert, dass darauf zu achten ist, den richtigen Weg zu finden, diese zu informieren. Nach seiner Auffassung hätte zeitnah das Gespräch mit den Kleingärtnern geführt werden müssen, bevor eine Berichterstattung in der Presse erfolgt.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann gibt den Hinweis, dass seitens des Liegenschaftsservices eine Terminvereinbarung erfolgte, um im betreffenden Vorstand entsprechende Erklärungen vorzunehmen.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, unterbreitet den Vorschlag, dass bei weiteren Planungen zu Schulneubauten, bei denen wieder Kleingartensparten betroffen sind, mit den Betroffenen das Gespräch zu führen ist, bevor eine Freischaltung der entsprechenden Drucksache erfolgt.

Er erklärt für seine Fraktion, hierfür auf einen Informationsvorsprung verzichten zu wollen, da es um Grundsatzentscheidungen geht.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, stellt klar, dass es hier um Grundstücke geht, die der Stadt gehören und es um das übergeordnete Interesse der Stadt geht, diese zu bebauen. Er äußert sich kritisch zur geführten Diskussion und vertritt die Auffassung, dass die betreffenden Kleingärtner sich der Aufgabenerfüllung der Stadt unterwerfen müssen und in diesem Sinne die Diskussion geführt werden muss.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, bezeichnet den unterbreiteten Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion als gut, merkt jedoch an, dass dies nur für diese Fraktion gilt. Ebenfalls als gut sieht er an, mit den Betroffenen das Gespräch zu führen. Jedoch könne zuvor auch mit den Fraktionen gesprochen werden. Positiv wäre es, wenn die Fraktionen über Probleme mit Kleingärtnern informiert würden.

Der Oberbürgermeister unterstützt den Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion und kündigt an, in derartigen Fällen künftig so zu verfahren, dass zunächst das Gespräch mit den Betroffenen geführt wird und dann die Freischaltung der entsprechenden Beschlussvorlage erfolgt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin